

Allgemeine Einkaufsbedingungen General Terms and Conditions of Purchase

Zimmermann PV-Steel Group GmbH & Co. KG

 **ZIMMERMANN**



§ 1 Allgemeines, Geltungsbereich

1.1

Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (fortan: AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen der Zimmermann PV-Steel Group GmbH & Co. KG (nachfolgend: ZPV) mit Geschäftspartnern und Lieferanten (nachfolgend: „Verkäufer“). Die AEB erlangen nur Geltung, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

1.2

Die AEB gelten – in ihrer zum Zeitpunkt der Bestellung gültigen Fassung – insbesondere für Verträge über den Kauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“) ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware bei Zulieferern einkauft oder selbst herstellt (§§ 650, 433 BGB). Die AEB gelten als Rahmenvereinbarung auch für künftige gleichartige Geschäfte mit dem Verkäufer, ohne dass die ZPV in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen muss.

1.3

Unseren Bestellungen liegen ausschließlich die nachstehenden AEB zugrunde. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als die ZPV ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Falle, beispielsweise auch dann, wenn die ZPV in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annimmt.

1.4

Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Verkäufers in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt etc.) sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform abzugeben.

§ 2 Vertragsschluss

2.1

Die Bestellung der ZPV erlangt ihre Verbindlichkeit erst mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- oder Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung hat der Verkäufer die ZPV zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung hinzuweisen; andernfalls gilt der Vertrag als nicht zustande gekommen.

2.2

Der Verkäufer ist gehalten, die Bestellung unverzüglich, spätestens innerhalb von 7 Werktagen zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme). Ansonsten ist die ZPV zum Widerruf der Bestellung berechtigt. Eine nach Satz 1 verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf wiederum der Annahme der ZPV.

§ 3 Lieferzeit und Verzug

3.1

Die von der ZPV in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch sonst nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 4 Wochen ab Vertragsschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, im Falle eines voraussichtlichen Abweichens von der Lieferzeit die ZPV unverzüglich schriftlich darüber in Kenntnis zu setzen.

3.2.

Mehr- oder Mindermengen sowie Teillieferungen bedürfen der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung durch ZPV.

3.3.

Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich die Rechte der ZPV, insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz, nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Ziffer 3.4 bleiben hiervon unberührt.

3.4.

Befindet sich der Verkäufer mit seiner Leistung in Verzug, ist die ZPV berechtigt – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen –, pauschalierten Verzugsschaden i.H. v. 0,25 % des Nettopreises pro Kalendertag zu verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. ZPV bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

4.1

Ohne vorherige schriftliche Zustimmung der ZPV ist der Verkäufer nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Ware durch Dritte erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, es sei denn, es handelt sich um eine Einzelanfertigung (Stückschuld).

4.2

Sollte im Einzelfall zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart sein – insbesondere keine Durchgangslieferung auf die jeweilige Baustelle – hat die Lieferung an den Geschäftssitz der ZPV (Sandelholzstraße 1, 88436 Eberhardzell) nach DDP (INCOTERMS 2020) zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort, mithin auch die von den Parteien ggf. spezifizierte Baustelle, ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

4.3

Für den Eintritt des Annahmeverzugs gelten die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere kann der Verkäufer Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn die ZPV zur Mitwirkung verpflichtet ist und das Unterbleiben der Mitwirkung von der ZPV zu vertreten ist. Der Verkäufer muss der ZPV seine Leistung auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung der ZPV eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist.

§ 5 Preise und Zahlung

5.1

Der in der Bestellung angegebene Preis ist verbindlich und versteht sich ohne Umsatzsteuer wenn nicht anders ausgewiesen. Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich etwaiger Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.

5.2

Soweit keine abweichende Individualvereinbarung vorliegt, ist der vereinbarte Preis innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Die Rechnung gilt nur dann als ordnungsgemäß zugegangen, wenn sie in dem digitalen Rechnungspostfach von ZPV (invoice@pv-steel-group.com) eingegangen ist. Sollte die Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen erfolgen, gewährt der Verkäufer der ZPV 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Geht eine Rechnung zwischen Freitag und Sonntag ein, so beginnt die Zahlungsfrist erst am folgenden Werktag. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn der Überweisungsauftrag der ZPV vor Ablauf der Zahlungsfrist bei der Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken ist die ZPV nicht verantwortlich.

5.3

Rechnungen kann die ZPV nur bearbeiten, wenn diese – entsprechend den Vorgaben der Bestellung (Projektname, Kostenstellen) – die dort ausgewiesene Bestellnummer sowie die UStID enthalten. Für alle wegen Nichteinhaltung dieser Verpflichtung entstehenden Folgen ist der Verkäufer verantwortlich, soweit er nicht nachweist, dass er diese nicht zu vertreten hat.

5.4

Der Anspruch des Verkäufers auf Zahlung von Verzugszinsen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften; der Anspruch des Verkäufers auf Fälligkeitszinsen gem. § 353 HGB wird hingegen abbedungen. In jedem Fall ist aber eine Mahnung durch den Verkäufer erforderlich.

5.5

Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages sowie Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen der ZPV in gesetzlichem Umfang zu. Insbesondere ist die ZPV berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange ihr noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.

5.5

Die Aufrechnung des Verkäufers ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen zulässig. S. 1 gilt entsprechend für die Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten.

§ 6 Eigentumsvorbehalt

Die Übereignung der Ware erfolgt, sofern nichts anderes vereinbart ist, unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Kaufpreises.

§ 7 Mangelhafte Ware

7.1

Für die Rechte der ZPV bei Sach- oder Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen des Verkäufers gelten vorbehaltlich nachfolgender Regelungen die gesetzlichen Bestimmungen. Insbesondere gelten als vereinbarte Beschaffenheit im Sinne des § 434 Abs. 1 S. 1 BGB diejenigen Produktbeschreibungen, die Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden.

7.2

Abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen der ZPV Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn der ZPV der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

7.3

Hinsichtlich der kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflicht der ZPV gilt die gesetzliche Vorschrift des § 377 HGB mit folgender Maßgabe: die Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei der Wareingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung offen zu Tage treten bzw. im Rahmen von Stichproben erkennbar sind (z.B. Transportschäden, Falsch- oder Minderlieferungen). Sofern hingegen eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Die Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet der Untersuchungspflicht der ZPV gilt die Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw. bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

7.4

Einer ordnungsgemäßen Mängelanzeige genügt es überdies, wenn die Ware im Falle einer Direktlieferung auf die Baustelle lediglich vonseiten des Subunternehmers untersucht wird und dieser einen Mangel gegenüber dem Verkäufer innerhalb der unter 7.3 genannten Frist reklamiert.

7.5

Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Zweckbestimmung entsprechend in eine andere Sache eingebaut bzw. mit einer anderen Sache verbaut wurde. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung vom Verkäufer aufgewendete Kosten (einschließlich etwaiger Aus- und Einbaukosten) trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzhaftung der ZPV bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haftet die ZPV jedoch nur, wenn sie erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag.

7.6

Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung, einschließlich etwaiger Kostenübernahmen für Aus- und Einbaukosten – nach Wahl der ZPV durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – nicht innerhalb einer von der ZPV gesetzten, angemessenen Frist nach, ist die ZPV berechtigt, den Mangel selbst zu beseitigen und dem Verkäufer die hierfür angefallenen Aufwendungen in Rechnung zu stellen oder den erforderlichen Vorschuss zu verlangen.

Ist die Nacherfüllung für die ZPV unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) oder durch den Verkäufer fehlgeschlagen, bedarf es keiner Fristsetzung. Über die Unzumutbarkeit der Nacherfüllung ist der Verkäufer unverzüglich zu unterrichten.

§ 8 Produzentenhaftung

8.1

Resultiert ein Produktschaden aus dem Verantwortungsbereich des Verkäufers, so hat er die ZPV insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, wie er im Außenverhältnis selbst haften würde.

8.2

Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB oder §§ 830, 840, 426 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von der ZPV durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen wird die ZPV den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

8.3

Der Verkäufer ist verpflichtet, eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens € 10 Millionen pro Personen- und Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten sowie den Nachweis auf Anforderung zu erbringen.

§ 9 Verjährung

9.1

Die wechselseitigen Ansprüche verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

9.2

Klarstellend halten die Parteien fest, dass vorliegend die Verjährungsfrist des § 438 Abs. 1 Nr. 2 b) für Mängelansprüche von 5 Jahren ab Gefahrübergang zur Anwendung gelangt. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 5-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei grundsätzlich die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt. In Fällen des § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre. Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen die ZPV geltend machen kann.

9.3

Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten entsprechend für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit der ZPV wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 10 Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

10.1

Dieser Vertrag und die gesamten Rechtsbeziehungen der Parteien unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

10.2

Ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Rechtsstreitigkeiten der Geschäftssitz der ZPV in Eberhardzell. Die ZPV bleibt berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB (§ 4.2) bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

10.3

Hat der Verkäufer seinen Hauptsitz außerhalb der europäischen Union, kann ZPV den Verkäufer auf nachfolgende Schiedsklausel verweisen: Alle Streitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit den auf Basis dieser AEB geschlossener Verträge oder über deren Gültigkeit ergeben, werden nach der Schiedsgerichtsordnung der Industrie- und Handelskammer Ulm unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges endgültig entschieden.

§ 11 Sonstiges

11.1

Der Verkäufer ist im Falle der Lieferung von Stahl verpflichtet, auf seine Kosten einen Nachweis einer anerkannten Prüfstelle hinsichtlich der Stahlgüte und/oder des Verzinkungsgrades ZPV zu überlassen. Ferner kann ZPV verlangen, dass UL- bzw. DIN Nachweise auf Kosten des Verkäufers überlassen werden. Schließlich kann ZPV die Überlassung von Stichproben fordern.

11.2

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder unwirksam werden, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bedingung ist von den Parteien durch eine wirksame Bedingung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bedingung so weit wie möglich entspricht. Entsprechendes gilt für etwaige Vertragslücken.

11.3

Diese AEB und ihr Inhalt unterliegen deutschem Recht und sollen nach deutschem Rechtsverständnis ausgelegt werden. Falls die englische rechtliche Bedeutung von der deutschen rechtlichen Bedeutung abweicht, soll die deutsche Bedeutung Vorrang haben.

§ 1 General Provisions, Area of Application

1.1

These General Terms and Conditions of Purchase (henceforth: GTCP) apply to all business relations of Zimmermann PV-Steel Group GmbH & Co. KG (hereinafter: ZPV) with business partners and suppliers (hereinafter: „Seller“).

The GTCP only apply if the Seller is an entrepreneur (§ 14 German Civil Code [BGB]), a legal person under public law or a special fund under public law.

1.2

The version of the GTCP valid at the time the order is placed shall apply, in particular for contracts concerning the purchase and/or supply of movable property („goods“) irrespective of whether the Seller buys the goods from suppliers or produces them himself (§§ 651, 433 German Civil Code [BGB]). The GTCP shall also apply to similar future business transactions with the Seller without ZPV having to refer to them again in each individual case.

1.3

Our orders are exclusively subject to the following GTCP. Deviating, opposing or supplementary general terms and conditions of the Seller only become part of the contract if and to the extent to which ZPV explicitly approved their validity in writing. This requirement of approval shall apply in any case, for example, even if ZPV unconditionally accepts the Seller's deliveries knowing of the Seller's general terms and conditions.

1.4

Legally relevant declarations and notifications of the Seller relating to the contract (e.g. setting of deadlines, dunning letters, rescission etc.) have to be made in writing, i.e. in written or text form (e.g. letter, email, fax).

§ 2 Contract Conclusion

2.1

ZPV's order shall not be binding until placed or confirmed in writing. The Seller must point out to ZPV any obvious errors (e.g. spelling or calculation errors) and incompleteness of the order for the purpose of correction or completion; otherwise the contract shall be deemed as not concluded.

2.2

The Seller is obliged to confirm the order immediately, no later than within 7 workdays, or to execute the order, in particular by dispatching the goods without any reservation (acceptance). Otherwise ZPV shall be entitled to cancel the order. A delayed acceptance as defined in clause 1 shall be deemed as a new offer and again requires approval by ZPV.

§ 3 Delivery Time and Delay in Delivery

3.1

The delivery time stated in the order by ZPV shall be binding. If the delivery time is not indicated in the order and unless otherwise agreed upon, it shall be 4 weeks from the conclusion of the contract. In the event of an anticipated deviation from the delivery time, the Seller is obliged to inform ZPV immediately in writing.

3.2

Excess quantities or shortfalls as well as partial deliveries require the prior expressed written consent of ZPV. Excess quantities or shortfalls as well as partial deliveries will only be accepted if they have been expressly confirmed by ZPV in writing.

3.3

If the Seller does not perform or does not perform within the agreed delivery time or is behind schedule, ZPV's rights, in particular the right of rescission and compensation, are governed by legal regulations. The arrangements in item 3.4 shall remain unaffected thereof.

3.4

If the Seller defaults on performance, ZPV is entitled to a lump-sum damage caused by delay – in addition to any further statutory claims amounting to 0.25 % of the net price per calendar day, in total however not more than 5 % of the net price of the goods delivered late. ZPV reserves the right to prove that a higher damage has occurred.

§ 4 Performance, Delivery, Transfer of Risk, Default of Acceptance

4.1

The Seller is not authorized to have the goods owed by him provided by a third party without ZPV's written consent. The Seller bears the risk of procurement for his performance unless it is an individual production (specific obligation).

4.2

If not otherwise agreed between the parties in a particular case – especially if no transit delivery to the respective construction site has been agreed upon – delivery has to be made free domicile according to DDP (INCOTERMS 2020) to the place of business of ZPV (Sandelholzstraße 1, 88436 Eberhardzell). The respective place of destination, thus also the construction site specified by the parties as the case may be, shall also be the place of performance for the delivery and possible supplementary performance (obligation to fulfil).

4.3

The statutory regulations apply for the occurrence of default of acceptance and the Seller can in particular demand compensation for the extra expenses (§ 304 German Civil Code [BGB]). If the contract concerns non-fungible goods (individual production) to be produced by the Seller, the Seller shall only be entitled to further rights if ZPV is obliged to cooperate and if ZPV is responsible for not cooperating. The Seller must explicitly offer ZPV its performance even if a defined or definable calendar period has been agreed upon for ZPV's action or cooperation.

§ 5 Prices and Payment

5.1

The price indicated in the order is binding and excluding the statutory value added tax if not specified separately. Unless otherwise agreed upon in a particular case, the price includes all services and ancillary services of the Seller (e.g. installation) as well as all ancillary costs (e.g. proper packaging, transport costs including any possible transport and liability insurance).

5.2

Unless an individual contract to the contrary exists, the agreed price shall be payable within 30 calendar days from the complete delivery and performance (including acceptance, if agreed upon) as well as receipt of a proper invoice. The invoice shall only be deemed to have been duly received if it has been received in ZPV's digital invoice mailbox (invoice@pv-steel-group.com). The Seller shall grant ZPV a cash discount of 3% on the net invoice amount if payment is made within 14 calendar days. If an invoice is received between Friday and Sunday, the payment period does not begin until the following working day. In the case of bank transfer, payment is made in time if ZPV's remittance order is received by the bank before the payment deadline expires; ZPV shall not be responsible for any delays caused by the banks involved in the payment process.

5.3

ZPV can only process invoices if they contain the order number according to the specifications in the order (project designations, cost centres). The Seller shall be responsible for all consequences arising due to non-compliance with this obligation, insofar as the Seller does not prove that he is in no way at fault.

5.4

The Seller's entitlement to payment of default interest is based on the statutory regulations; the Seller's entitlement to interest payable after the due date pursuant to § 353 German Commercial Code [HGB], however, shall be waived. In any case, however, a dunning letter by the Seller is required.

5.5

ZPV is entitled to the defense of a contract that has not been fulfilled as well as rights of set-off and retention to the extent permitted by law. ZPV is in particular authorized to withhold payments due as long as ZPV is still entitled to claims against the Seller arising from incomplete or poor performance.

5.6

The Seller may only offset claims against counterclaims that are undisputed or have been established by final judgment. Clause 1 shall apply accordingly for the assertion of retention rights.

§ 6 Retention of Title

Unless agreed upon otherwise, the transfer of the ownership of the goods shall take place unconditionally and regardless of the payment of the purchase price with transfer to ZPV.

§ 7 Defective goods

7.1

Subject to the following regulations, the legal provisions shall apply for the rights of ZPV in the case of material defects and defects of title of the goods (including wrong and short delivery as well as improper assembly, insufficient assembly instructions, operating instructions or instructions for use) and in the event of other breaches of duty by the Seller. Those product descriptions, which are the subject matter of the respective contract or have been integrated into the contract in the same way as these GTCP, are deemed to be the agreed condition in terms of § 434 paragraph 1 clause 1 German Civil Code [BGB].

7.2

By way of derogation from § 442 paragraph 1 clause 2 German Civil Code [BGB], ZPV is also entitled to unrestricted claims for defects if upon conclusion of the contract the defect remained undiscovered as a result of gross negligence.

7.3

With regard to ZPV's duty to inspect the goods and lodge a complaint, § 377 German Commercial Code [HGB] applies subject to the following proviso: the duty to inspect the goods is limited to defects that become apparent during the visual inspection of the incoming goods or are detectable within the scope of random sampling (e.g. damage in transit, wrong or short deliveries). If, however, acceptance has been agreed upon, there is no duty to inspect. As for the rest, it depends on to what extent an inspection in due consideration of the circumstances in a particular case is feasible in the proper course of business. The duty to lodge a complaint for defects detected later remains unaffected. Notwithstanding ZPV's duty to inspect, the complaint (notice of defects) is deemed to be made without delay and in good time if dispatched within 5 working days following the detection or, in the case of obvious defects, following delivery.

7.4

Furthermore, for a proper notice of defects it is sufficient for the goods to merely be inspected by the sub-contractor if the goods are delivered directly to the construction site and for the sub-contractor to lodge a complaint against the Seller within the period mentioned under 7.3.

7.5

Supplementary performance also includes the disassembly of the defective goods and the new installation insofar as the goods can be installed into another item according to its purpose or has been incorporated into another item. The costs (including any costs of removal and installation) incurred by the Seller for the purpose of inspection and supplementary performance are to be borne by the Seller even if it turns out that there actually was no defect. ZPV's liability for damages in the event of an unauthorized request to remedy a defect remains unaffected; in this respect ZPV is only liable, however, if ZPV realized or grossly negligently did not realize that there was no defect.

7.6

If the Seller does not fulfil his obligation to supplementary performance, including the assumption of costs for the removal and re-installation costs, – at ZPV's option by rectifying the defect (subsequent improvement) or by delivering an item free of defects (replacement delivery) – within a reasonable limit of time stipulated by ZPV, then ZPV is entitled to rectify the defect by itself and to invoice the Seller for the expenses incurred for this or to demand the required advance. If supplementary performance is unreasonable for ZPV (e.g. due to exceptional urgency, endangerment of operational safety or imminent occurrence of disproportionate damage) or supplementary performance by the Seller has failed, no limit of time has to be stipulated. The Seller is to be informed immediately of the unreasonableness of supplementary performance.

§ 8 Producer Liability

8.1

If a product damage results from the Seller's area of responsibility, the Seller has to indemnify ZPV against third party claims to the extent to which the Seller would be liable vis-à-vis third parties itself.

8.2

Within the framework of an obligation to provide indemnification the Seller has to reimburse expenses pursuant to §§ 683, 670 German Civil Code or §§ 830, 840, 426 German Civil Code [BGB] which arise from or in connection with claims by a third party including a recall campaign carried out by ZPV. ZPV will inform the Seller – to the extent possible and reasonable – about the content and extent of the recall measures and give the Seller the opportunity to make representations. Further statutory claims shall remain unaffected.

8.3

The Seller is obliged to take out and maintain a public liability insurance policy with a lump-sum coverage of at least € 10.000.000,00 for each personal or property damage and furnish proof upon request.

§ 9 Statute of Limitations

9.1

Mutual claims become statute-barred according to the legal regulations unless otherwise determined below.

9.2

For the purpose of clarification, the parties record that in the present case the limitation period for claims for defects of 5 years from the transfer of risk as defined by § 438 paragraph 1 no. 2 b) shall apply. Insofar as acceptance has been agreed upon, the statute of limitation shall begin upon acceptance. The 5-year limitation period also applies by analogy to claims resulting from defects of title with the legal limitation period for third party claims based upon a property right (§ 438 paragraph 1 no. 1 German Civil Code [BGB]) shall remain unaffected as a basic principle. The standard limitation period for claims for defects is 3 years in the cases of § 438 para. 1 no. 3 German Civil Code [BGB]. Claims resulting from defects of title become statute-barred on no account as long as the third party can still assert the right against ZPV, in particular in the absence of limitation.

9.3

The limitation periods of the law on the sale of goods including the preceding prolongation apply to all contractual claims for defects to the extent permitted by law. Insofar as ZPV is also entitled to non-contractual claims for damages due to a defect, the regular statutory limitation (§§ 195, 199 German Civil Code [BGB]) shall apply, unless the application of the limitation periods of the law on the sale of goods results in a longer limitation period in a particular case.

§ 10 Applicable law, place of performance and place of jurisdiction

10.1

This contract and all legal relationships of the parties are subject to the laws of the Federal Republic of Germany to the exclusion of the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods.

10.2

ZPV's place of business in Eberhardzell shall be the sole place of jurisdiction – including international jurisdiction – for all disputes arising from the contractual relationship. ZPV remains entitled to file a suit at the place of performance of the delivery commitment in accordance with these GTCP (§ 4.2) or an overriding individual arrangement or at a general place of jurisdiction of the Seller. Overriding legal regulations, in particular with regard to exclusive jurisdictions, remain unaffected.

10.3

If the seller is headquartered outside the European Union, ZPV may refer the seller to the following arbitration clause: All disputes arising in connection with the contracts concluded on the basis of these GPC or concerning their validity shall be finally settled in accordance with the Arbitration Rules of the Ulm Chamber of Industry and Commerce, to the exclusion of recourse to the ordinary courts of law.

§ 11 Miscellaneous

11.1

In the case of delivery of steel, the Seller is obliged to provide ZPV with a proof by a recognised testing centre of the steel grade and/or the degree of galvanisation at the Seller's cost. Furthermore, ZPV may demand UL or DIN certification at the Seller's cost. Eventually ZPV can demand random samples to be made available.

11.2

If single provisions of these GTC are or become ineffective in whole or in part, the validity of the other provisions shall remain unaffected thereof. The parties have to replace the ineffective provision by an effective provision which corresponds as far as possible to the economic purpose of the ineffective condition. The same shall apply to possible loopholes in the contract.

11.3

These GTCP and their contents are subject to German law and are to be interpreted according to German legal understanding. Should the English legal meaning deviate from the German legal meaning, the German meaning has precedence.



ZIMMERMANN PV-Steel Group GmbH & Co. KG
Sandelholzstrasse 1
88436 Eberhardzell
Germany



info@pv-steel-group.com
+49 7355 790 99-0

www.pv-steel-group.com

